

**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG**  
**Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr**  
**Abteilung Umwelt- und Energierecht**  
**3109 St. Pölten, Landhausplatz 1**



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den  
 Präsidenten des Landtages von Niederösterreich  
 Herrn Ing. Johann Penz

**Landtag von Niederösterreich**  
**Landtagsdirektion**  
 Eing.: 03.10.2012  
 zu Ltg. - **1171/A-1/89-2012**  
**U-Ausschuss**

Beilagen  
 RU4-A-1/043-2012                      1  
 Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: [post.ru4@noel.gv.at](mailto:post.ru4@noel.gv.at) - Telefax 02742/9005/15280  
 Internet: <http://www.noel.gv.at>                                  DVR: 0059986  
 Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005	Durchwahl	Datum
Ltg.-1171/A-1/89-2012	Dr. Gertrud Breyer	15207		02. Oktober 2012

Betrifft  
 Resolutionsantrag betreffend Verbot von nicht biologisch abbaubaren  
 Kunststofftragetaschen aus fossilen Rohstoffen (Plastiksackerlverbot)

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 19. April 2012  
 Ltg.-1171/A-1/89-2012, ist die NÖ Landesregierung bei der Bundesregierung vorstellig  
 geworden und hat sich dafür eingesetzt,

- dass die Europäische Kommission ein Verbot von nicht biologisch abbaubaren Kunststofftragetaschen aus fossilen Rohstoffen (Plastiksackerlverbot) ermöglicht und daraufhin die Bundesregierung ein Verbot von nicht biologisch abbaubaren Kunststofftragetaschen aus fossilen Rohstoffen (Plastiksackerlverbot) erlässt.
- dass zwischenzeitlich der Gebrauch von Kunststofftragetaschen aus fossilen Rohstoffen durch gezielte Lenkungsmaßnahmen eingeschränkt wird.
- dass die Einführung einer sofortigen Plastiksackerl-Abgabe forciert wird und
- eine Novelle der Verpackungsverordnung vorgenommen wird, mit dem Ziel Mehrweg-Verpackungen, kompostierbares Verpackungsmaterial und Materialien

aus überwiegend nachwachsenden Quellen hinsichtlich Abgabengestaltung zu bevorzugen.

Mit beiliegendem Schreiben vom 21. August 2012, GZ BKA 350.710/0438-I/4/2012, hat nun der Ministerratsdienst auf Grundlage der bei den zuständigen Bundesministerien eingeholten Stellungnahmen auf die Anliegen des NÖ Landtages reagiert.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung

Dr. P e r n k o p f